

# Glücksspielmarkt: Fiskus würde bei Liberalisierung 400 Millionen Euro verlieren

Marktdaten einer heute präsentierten Studie nicht nachvollziehbar

Ein merkwürdig verzerrtes Bild des österreichischen Glücksspielmarktes zeichnet eine heute Dienstag, den 3. Juli 2007, präsentierte Studie der Agentur Kreuzer, Fischer & Partner. Sie enthält für Casinos Austria überwiegend nicht nachvollziehbare bzw. falsche Marktdaten. Die Auftraggeber der Studie wurden bezeichnenderweise nicht genannt, doch will die Analyse offensichtlich mit tendenziösen Formulierungen vor allem den Nachweis erbringen, dass Österreich noch mehr der bereits jetzt heftig umstrittenen Automaten-Salons braucht.

Problematisch erscheint vor allem die in der Studie erhobene Forderung nach einer bundesweiten Freigabe des Automatenspiels sowie nach nationaler Liberalisierung des Online-Gamings. Beide Schritte wären aus Sicht des Spielerschutzes höchst verantwortungslos. Schon heute haben in jenen Bundesländern, wo das Automatenspiel liberalisiert wurde, die Fälle von Spielsucht sehr stark zugenommen. Eine Untersuchung von Prof. Herwig Scholz, des Leiters der auf solche Fälle spezialisierten Klinik Latour in Kärnten, spricht von einer „dramatischen Steigerung von beratungs- und behandlungsbedürftigen Spielern“. Aus gesundheits- und sozialpolitischer Sicht wäre daher vielmehr ein Eindämmen des Automatenspiels zu fordern und keine weitere Freigabe.

Auch aus fiskalischer Sicht ist eine Liberalisierung im Bereich des Glücksspiels kontraproduktiv. Die Behauptung der Studie, dass Liberalisierungen mehr Steuereinnahmen erbringen würden, steht im Widerspruch zu den Untersuchungen des renommierten Wirtschaftsforschungsinstituts IHS sowie zu einer

Studie, die Univ. Prof. Dr. Gerhard Hanappi vom Institut für Wirtschaftsmathematik an der Technischen Universität Wien durchgeführt hat. Nach diesen Untersuchungen würde durch den verstärkten Wettbewerb in einem liberalisierten Glücksspielmarkt der Staat 400 Millionen Euro an Einnahmen verlieren.

### **Univ.-Prof. Dr. Hanappi übt heftige Kritik**

Univ.-Prof. Dr. Gerhard Hanappi in einer ersten Kurzanalyse der neuen Studie: „Die Aussage, dass in den nächsten fünf Jahren die enorme Summe von sechs Milliarden Euro an Spieleinsätzen abfließen würde, ist völlig unseriös und entbehrt jeder wirtschaftswissenschaftlichen Grundlage. Kein ernsthafter Ökonom wagt selbst über die besser erfassbare Entwicklung des BIP eine mehr als zwei Jahre in die Zukunft gehende Prognose zu tätigen; eine von so vielen unwägbareren Ereignissen abhängende Entscheidung wie die Teilnahme an Online-Spielen für fünf Jahre vorherzusagen, ist Scharlatanerie.“

Harte Kritik kommt von Univ.-Prof. Dr. Hanappi auch an den angeblichen Mehreinnahmen des Staates von 170 Millionen Euro pro Jahr: „Diese Aussage ist völlig aus der Luft gegriffen. Fast alle bisher von Wirtschaftswissenschaftler durchgeführten, also tatsächlich fundierten Studien, zeigen, dass Privatisierung im Glücksspielbereich zu volkswirtschaftlich nachteiligen Folgen (unter anderem einem Rückgang der Staatseinnahmen) führt“.

Abschließend hält der Experte fest, dass die Unkontrollierbarkeit des Online-Gaming eine bloße Behauptung sei. De facto wäre hier vom Gesetzgeber einzuschreiten. Sie stünde des Weiteren auch in keinem Zusammenhang zu einer (unterstellten) Verminderung des Abflusses an Umsatz bei Zulassung mehrerer privater Anbieter.

Wien, am 03.07.2007

Casinos Austria AG

Mag. Bettina Strobich, Tel.: +43/1/534 40-22323

bettina.strobich@casinos.at, [www.casinos.at](http://www.casinos.at)